



Alternativantrag

der Fraktionen von FDP und SPD

zu „Für mehr Transparenz und eine wirksame Aufsicht über Medienintermediäre und sehr große Online-Plattformen mit nutzergenerierten Inhalten (soziale Medien)“, Drs. 20/4511

„Unabhängige Medienaufsicht einheitlich gestalten“

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag von Schleswig-Holstein bittet die Landesregierung, sich auf Ebene der Länder dafür einzusetzen, die Aufsicht über Rundfunk, digitale Diensteanbieter und Telekommunikation in einer von Bund und Ländern getragenen Institution zusammenzuführen.

Begründung:

Medienregulierung ist in Deutschland grundsätzlich Ländersache, damit aber auch eine der komplexesten und teuersten Medienaufsichtsstrukturen der Welt. So wird die Aufsicht über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk von zahlreichen anstaltsinternen Gremien, die Aufsicht über den privaten Rundfunk von zahlreichen externen Landesmedienanstalten, die Aufsicht und Regulierung über die Infrastrukturen der Kommunikation von der Bundesnetzagentur und die Konzentrationskontrolle im Rundfunkbereich von der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich KEK wahrgenommen.

Nicht nur die ausufernde Relevanz von sehr großen Online-Plattformen und Intermediären, sondern Globalisierung und konvergente Mediensysteme stellen die heutige Medienregulierung vor neue, grenzüberschreitende Herausforderungen. Medienvielfalt sichern ist eine globale Aufgabe, die nicht an Ländergrenzen Halt macht. Deshalb prägt auch die europäische Mediengesetzgebung zunehmend die Medienpolitik und Medienregulierung in Deutschland. Bundesweit und europaweit geltende Gesetze gewährleisten eine länderübergreifende Medienregulierung und adressieren damit grenzüberschreitende Medienangebote.

Die bestehende Form der zersplitterten und ineffektiven Medienaufsicht in Deutschland ist nicht mehr zeitgemäß. Sie schadet dem Standort Deutschland, negative Konsequenzen für die Wettbewerbsfähigkeit und die vielfältige Medienlandschaft sind die Folgen. Daher ist es unumgänglich, die verschiedenen Aufsichtsinstanzen in einer von Bund und Ländern getragenen einheitlichen Institution zusammenzuführen.

Dr. Bernd Buchholz
und Fraktion

Beate Raudies
und Fraktion